

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Riesa,
Grosshain, Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Dresden 1880,
Strafasse:
Riesa Nr. 22.

Nr. 261.

Sonnabend, 8. November 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6-wöchiger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtwöchige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verfertiger von Zeitungsbeilagen - hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Kann die deutsche Wirtschaft noch gerettet werden?

In einer öffentlichen Parteivertretersitzung der Deutschnationalen Volkspartei hielt der völkische Reichstagsabgeordnete Oberfinanzrat Dr. Bang einen Vortrag über "Grundriss der Wirtschaft und Sozialpolitik".

Dr. Bang führte aus, daß nach wie vor die einheitliche Front gegen Deutschland besteht. Die Finanzierung des deutschen Marxismus und des französischen Militarismus durch uns geht unter Brandmarkung des nationalen Deutschlands und der deutschen Wirtschaft weiter. Seit dem 14. September hat ein gesteigertes Kampfgewissen die nationalen Kräfte eingeleitet unter der Führung Speering als Stranauerungsminister. Von einer einheitlichen Kampffront gegen die antideutschen Kräfte hört man aber nichts. Speering und Genossen haben ein starkes Verdienst um den Verkauf des 14. September. Sie waren die besten Propagandisten für die nationale Bewegung. Außerdem tritt dadurch das wahre Gesicht des Kabinetts Brüning deutlich zutage. Am 18. Oktober wurde in Wahrheit nicht das Kabinett Brüning gerettet, das keine verfassungsmäßige Grundlage hat, sondern der deutsche Marxismus. Selbst der "Tempo", das Organ der französischen Außenpolitik, sagte "In Deutschland stehen die Wahlergebnisse auf dem einen, und die Regierungsbildung auf dem anderen Blatt".

Die Bewegung geht in Deutschland auf die Entscheidung Rechts oder Links. Es ist zwecklos, mittelparteiliche Dinge am Leben zu erhalten, oder zu unterstützen.

Das Sanierungsprogramm der Regierung ist nichts anderes, als eine Fortsetzung der Politik, die die Ursache unserer heutigen Schäden ist. Es ist ein neues Erfüllungsprogramm. Erfüllungsprogramme lassen sich aber nur mit dem Marxismus durchführen.

Es ist ein trauriges Zeichen, daß die These "Sanierung von Finanzkrise durch Liquidation" in Wirtschaftskreisen überhaupt eine Resonanz findet. Erst hieß es "ohne Räumung kein Youngplan", dann sagte man "ohne Youngplan keine Räumung", jetzt heißt es "ohne Sanierung keine Revision". Nach einer Sanierung hat die andere Seite aber gar keinen Anlaß zu einer Revision. Hier zeigt sich, daß alles eine Finte ist.

Trotzdem steht die Wahrheit immer mehr durch, so gar die Gemeindefürsorge an, sie zu erkennen. Das deutsche Volk glaubt heute nicht mehr, was ihm von oben her vorgegeben wird. Man spricht immer von einer Weltwirtschaftskrise. Dabei ging es einigen Ländern noch nie so gut wie heute, beispielsweise Frankreich. Da in Deutschland die Kaufkraft abgenommen hat, kann der Absatzrückgang nur auf der Verfallung des inneren Marktes beruhen. Auch die Arbeitslosigkeit kommt von der sinkenden Kaufkraft des Binnenmarktes. Soweit eine Weltwirtschaftskrise da ist, liegt ihre Ursache in der deutschen Wirtschaft. Deutschland ist als das konsumfähigste Land der Erde nämlich ausgesperrt worden.

Eine reine Kapitalreform kann der Wirtschaft nie helfen. Sie ist unser Unglück. Kapitalreform ist vorgelebtes Kaufgeld und vermindert sich in Anteile an der deutschen Wirtschaft. Dadurch wurde unser gesamtes deutsches Wirtschaftsbild verfallend, alle Anschauungen der Wirtschaft wurden krank gemacht. Wirtschaft entsteht nur aus dem freien Leistungsaustausch. Tribute sind Ausblutungen. Mit der deutschen Wirtschaft wird aber auch die Weltwirtschaft zugrunde gehen. Ohne Revision von Versailles ist der Bolschewismus unaufhaltbar. Versailles bedeutet nicht etwa Weltwirtschaft, sondern Weltrevolution.

Wir erleben heute eine harte Selbsterregung des Weltmarktes, die im Abstand des Barrenpreises sind. Für uns heißt es, daß wir eine sorgfältige zusätzliche Tributleistung aufzubringen haben. Jetzt rät man, daß man damals nicht auf die Deutschnationalen hörte, die sich gegen den Wegfall der Goldinhaltsklausel des Dawesplanes im Youngplan wandten. Der Kapitalmarkt läßt sich mit Zwangsregeln nicht beherrschen. Nur die Forderung und der Wille, bei unordentlichen Wirtschaftsverhältnissen herzustellen, helfen hier. Bei der Währung kommt es auf die innere Gesundheit an, nicht auf die formalen Deckungsvorschriften. Die Grundlagen dieser Gesundheit sind eine ausgeglichene Steuer- und Zahlungsbilanz, und ein ausgeglichener Haushalt. Inflationen können unsere Exporterlöse nicht verschleiern, aber nicht ändern. Wenn es so weiter geht, wie jetzt, so erleben wir, daß wir eine Währung ohne Wirtschaft haben. Der Youngplan stellt die Legalisierung des Verfahrens der Ausschüttung unserer Wirtschaft dar. Das Verschleiten des Moratoriums bringt uns endgültig in die Falle. Wir können damit nur den Transfer aufschieben, nicht aber die Zahlung. Wir müssen also so schnell wie möglich an die Revisionsfrage heran. Wir müssen die Revision von Versailles verlangen. In der Welt wartet man darauf. Die Front der Antirevisionisten wird eigentlich nur noch von Frankreich gebildet, dessen stärkste Stütze ist bisher immer die deutsche Regierung gewesen.

Die heute in Aussicht genommenen Sanierungsmaßnahmen bedeuten nur ein Gerundeter an einzelnen Erscheinungen. Unsere Forderung lautet nicht Senkung der Beamtengehälter, sondern Senkung des inflationistischen Beamtenapparates durch Senkung von Parteibeamten. Auch eine Lohnsenkung ist nicht, sondern eine Senkung der Stundenlöhne unter Verlängerung der Arbeitszeit. Neben der Produktion gibt es keinen selbständigen Bedarf der Kaufkraft. Es gibt keine andere Kauf-

Der Reichsarbeitsminister über die Arbeitslosenfrage.

Berlin, 8. November.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Zentrumspartei sprach gestern Reichsarbeitsminister Dr. Steingewald über die Arbeitslosenfrage. Er führte u. a. aus:

Die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit der Reparationsfrage hat Deutschlands Finanzen nahezu an den Abgrund gebracht. Die Steuerquellen sind so gut wie restlos erschöpft. Die Arbeitslosenfrage ist für Deutschland also nicht nur ein wirtschaftliches und finanzielles, sondern auch ein sozialpolitisches und festliches Problem. Deutschland ist ein überbevölkertes Land; wir befinden uns heute wieder in derselben Lage, die Capriot Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts dahin formuliert hat: Wir müssen Menschen oder Waren ausführen. Sowohl der Waren- wie der Menschenausfuhr stehen große Hemmnisse entgegen.

Die Arbeitslosenfrage berührt auch in einer anderen Hinsicht den Lebensnerv des deutschen Volkes. Bisher zählt dieses noch zu den fleißigsten Arbeitern der Welt.

Wenn dieser Fleiß durch langandauernde Massenarbeitslosigkeit von der Jugend her angegriffen wird, dann bedeutet dies den Anfang vom Ende des deutschen Volkes in der Welt.

Was kann nun Deutschland tun zur Bewältigung des Arbeitslosenproblems? Das ist eine sehr schwere Frage. Wenn sie einfach wäre, dann wäre unverstehlich, warum selbst der wirtschaftliche Sieger des Weltkrieges, Amerika, seines Arbeitslosenheeres von fünf bis sechs Millionen Menschen nicht Herr wird. Dann wäre es unverstehlich, warum in England die ehemalige konservative Regierung an der Arbeitslosenfrage gescheitert ist und warum jetzt auch die Labour-Party daran zu scheitern droht. Wir müssen alles aufbieten, was menschenmöglich ist, um der Arbeitslosigkeit entgegenzukommen. Das ist Kern und Sinn des Sanierungsprogramms der Reichsregierung. Das Entscheidende aber ist: Wer schlägt ein besseres und im Hinblick auf die Gesamtlage Deutschlands auch praktisch durchführbares Programm vor? Dem, der dieses Rezept ohne abenteuerliche Pläne in der Tasche hat, macht die gegenwärtige Regierung in jeder Stunde Nach. Man sagt, das Regierungsprogramm sei unsozial. Brentano hat mehrfach ausgesprochen, was heute August ist, ist morgen Volksbedürfnis. Was heute unsozial erscheint, kann morgen die größte soziale Tat sein. Wenn die Gesamtsanierung von Staat und Wirtschaft in Deutschland gelingt, wenn in absehbarer Zeit wieder eine Million Arbeitslose mehr in den Produktionsprozess eingegliedert werden können, dann ist das die größte soziale Tat, die gegenwärtig die Regierung zu vollbringen in der Lage ist. Im ganzen ist die Generalaufgabe, vor der wir stehen, die Wiederherstellung des Vertrauens zu Staat und Wirtschaft und in Staat und Wirtschaft in der Welt. Diese Generalaufgabe zerfällt u. a. in folgende Einzelaufgaben: Inordnung der Finanzen der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Gemeinden, vernünftige wirtschaftliche Regelung der Reparationsgestaltungsfrage, Rentabefreiung der Landwirtschaft, Senkung der Gestehungskosten in der deutschen Wirtschaft, Arbeitsbeschaffung, evtl. vorübergehende Arbeitsförderung und Fürsorge für die Menschen, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können.

Der Minister schloß: Die Kriegsjahre 1914-18 und die Inflationsjahre 1922-23 haben dem deutschen Volke Opfer

aufgelegt, die nur wenige andere Völker der Welt zu überstehen vermocht hätten. Und auch über die jetzige Situation kommen wir hinweg, wenn wir wollen, und ich bin der festen Überzeugung, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit will.

Preisermäßigungsaktion für Lebensmittel

Berlin, 8. November.

Reichsernährungsminister Dr. Schiele empfing gestern den Präsidenten des Deutschen Städtetages, M u l e r t, sowie die Oberbürgermeister Alenauer-Röln, Bl ü h e r-Dresden, Brauer-Altona, Lohmeyer-Königsberg, Suppe-Kürnberg und Scharnagl-München, um mit ihnen die geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisermäßigung für Lebensmittel zu besprechen. Der Minister berichtete über den Stand der Verhandlungen und legte die Gründe und Ziele der Preisermäßigungsaktion im einzelnen dar. Unter Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage und die zur Zeit bestehenden, zum Teil noch überhöhten Spannungen zwischen Erzeugern und Verbraucherpreisen richtete der Minister an die Vertreter des Städtetages die Bitte, mit ihm ihren zur Verfügung stehenden Mitteln die Bestrebungen der Reichsregierung zur Preisermäßigung zu unterstützen. Nur durch ein gemeinsames und planmäßiges Vorgehen im ganzen Reich könne das angestrebte Ziel erreicht werden. Die Vertreter des Städtetages betonten ihrerseits, daß auch sie eine teilweise erhebliche Senkung der Handelspreise bei Lebensmitteln, insbesondere bei Brot, Fleisch und Kartoffeln für möglich hielten. Eine derartige Preisermäßigung sei überdies unbedingt notwendig, nicht nur mit Rücksicht auf die bereits durchgeführten und noch bevorstehenden Lohn- und Gehaltskürzungen, sondern auch im Interesse der großen Anzahl von Erwerbslosen, die auf eine Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter angewiesen seien. Sie begrüßten das Vorgehen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisermäßigung und versprochen, die von ihr geplanten Maßnahmen auf der ganzen Linie mit Nachdruck zu unterstützen.

Berlin, 8. November.

Im Zuge der Preisermäßigungsaktion der Reichsregierung fanden am Freitag im Reichsernährungsministerium Verhandlungen mit den Vertretern der Berliner Milchverarbeitung statt. Unter Hinweis auf den Ernst der Lage forderte das Ministerium eine Herabsetzung der Handelspreise für Milch. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Das Ernährungsministerium wird sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß den Bestrebungen der Reichsregierung auf eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise auch auf diesem Gebiete Rechnung getragen wird.

Weiterer Abbau der Spitzengebäude

Berlin, 8. November.

Bei der dem Reich gehörenden Biag (Bereinigte Industrieunternehmen U. V.) und ihren Tochtergesellschaften wird eine Senkung der Bezüge der Direktoren und höheren Angestellten vorgenommen. Dafür sind Grundzüge vereinbart worden, die der Regelung entsprechen, die der Preussische Staat mit den ihm ganz oder teilweise gehörenden Gesellschaften getroffen hat.

Zur Neuwahl des Landtagspräsidenten.

Wie schon mitgeteilt, ist in der am 18. November stattfindenden ersten Sitzung des Landtages nach den Ferien die Neuwahl des Landtagspräsidenten vorzunehmen. Der bisherige sozialdemokratische Präsident Wedel hat wegen seines parteiischen Verhaltens das Vertrauen der bürgerlichen Seite verloren. Am Dienstag nächster Woche werden innerhalb der nichtsozialistischen Fraktionen Verhandlungen über die Präsidentenwahl zu dem Zwecke, eine Mehrheit für einen nichtsozialistischen Kandidaten zu gewinnen, aufgenommen werden. Inzwischen melden schon einzelne Fraktionen ihre Ansprüche an. Wie das Organ der Wirtschaftspartei mitteilt, ist von volksparteilicher Seite vorgeschlagen worden, den bisherigen zweiten Vizepräsidenten des Landtages D. Sidmann zum Landtagspräsidenten zu wählen.

krast als die Produktion selbst. Wird die Produktion gestreckt, so wird auch die Kaufkraft gestreckt. Es gibt nur ein Heilmittel, und zwar Erhöhung der Produktion durch ihre Verbilligung. Jede Lohnerhöhung wirkt neue Kräfte auf die Straße. Mit dem jetzigen Sanierungsprogramm ist der Finanzausgleich noch nicht einmal möglich geworden. Am 22. August wurde vom Finanzminister ein Defizit von 300 Millionen errechnet, das vom Institut für Konjunkturforschung wenige Tage später mit 575 Millionen angegeben wurde. Am 30. September gibt der Reichsfinanzminister den Beiftrag auf 750-800 Millionen an. Auch hier zeigt

Das Blatt erklärt, bei aller Wertschätzung Sidmanns könne die Wirtschaftspartei einer derartigen Lösung nicht ohne weiteres zustimmen, denn die Wirtschaftspartei sei im Landtage die stärkste bürgerliche Partei. Die Nationalsozialisten, die allerdings vier Mandate mehr hätten, könnten für den Präsidentenposten nicht in Frage kommen, weil gegenwärtig noch zwei Reichstagsfraktionen vorhanden seien und sich eine Mehrheit für einen Nationalsozialisten unter keinen Umständen finden lasse. Jedenfalls könne der Wirtschaftspartei nicht zugemutet werden, sich im Präsidium mit dem Posten eines Stellvertreters zu begnügen, denn sie habe ein Anrecht auf das Amt des Präsidenten auf Grund ihrer Stärke und auf Grund ihrer Bemühungen um eine bürgerliche Regierung.

In Landtagskreisen wird als Kandidat der Wirtschaftspartei für den Präsidentenposten der Landtagsabgeordnete und ehemalige Stadtverordnetenvorsteher von Delitzsch i. B. Enterlein genannt.

sich, wie richtig es war, wenn das endgültige Haushaltsdefizit von den Deutschnationalen schon seit langem auf mindestens eine Milliarde berechnet wurde. Kann eine solche Regierung vom deutschen Volke noch Vertrauen erwarten? Das Reich lebt nur noch vom Verschleiern des noch vorhandenen Verfalls und von "Ueberbrückungskredit". Unsere einzige Rettung liegt in der grundlegenden Umstellung unserer Handels- und Wirtschaftspolitik. Immer mehr zeigt sich die Richtigkeit dessen, was die Deutschnationale Volkspartei will. Der Wirtschaft ist nur zu helfen, wenn wir den Marxismus überwinden.